

8. Mai - Tag der Befreiung

Im Mai 2005 jährt sich zum 60. Mal der Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus durch die Armeen der UdSSR, Frankreichs, Großbritanniens und der USA. Am 7. und 8. Mai 1945 unterzeichneten Vertreter des faschistischen Deutschlands im französischen Reims und Berlin ihre bedingungslose Kapitulation. Das Ende der nationalsozialistischen Barbarei bedeutete Befreiung: Befreiung für die Menschen, die in den Konzentrationslagern bis zur Ankunft der Alliierten überlebt hatten, Befreiung für die in den Untergrund gezwungenen Menschen, Befreiung für Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Befreiung für die Menschen in den von der deutschen Wehrmacht überfallenen Staaten, für die nach Deutschland verschleppten ZwangsarbeiterInnen, Schwule und Lesben, "Asoziale", Menschen mit Behinderungen, Linke der verschiedensten Organisationen und Strömungen, Demokratinnen und Demokraten, Liberale und viele mehr.

1985 - 1995 - 2005

Heute, 60 Jahre später, hat sich die Bezeichnung des 8. Mai als "Tag der Befreiung" weitgehend im offiziellen Sprachgebrauch und dem öffentlichen Bewusstsein durchgesetzt. Während diese Bezeichnung bis Mitte der 1990er Jahre in weiten Teilen von Politik und Öffentlichkeit noch umstritten war, sind im Jahr 2005 Auseinandersetzungen an dieser Frage der abstrakten Begrifflichkeit kaum noch zu befürchten. Als 1985 der damalige Bundespräsident, Richard von Weizsäcker (CDU), in seiner Rede zum 8. Mai dieses Datum als "Tag der Befreiung" charakterisierte, stellte er sich damit in den Widerspruch zu Teilen seiner Partei und der deutschen Öffentlichkeit. Monatelang wurde seine Rede diskutiert. Sie gilt heute als ein Wendepunkt in den geschichts- und vergangenheitspolitischen Debatten. Sogar Teile der radikalen Linken betonten heute, 20 Jahre nach der Rede, vor allem jene Passagen darin, in denen er sich zur deutschen Schuld bekannte und den Aspekt der Befreiung stark machte. Dabei wurde aber offenbar vergessen, einmal die Rede im Original zu lesen. Denn Weizsäcker hatte sich darin nicht von der hegemonialen Deutung der Geschichte in Deutschland verabschiedet, sondern die Akzentuierung in seiner Rede bloß zugunsten des Begriffes der Befreiung verschoben. Weiterhin betonte er, der als angehender Jurist 1948/49 ein engagierter Verteidiger in einem der Nürnberger Nachfolgeprozesse war, dass auch die Deutschen in ihrer Masse nicht Täter oder Mitverantwortliche, sondern Opfer waren.

Es dürfe nicht vergessen werden, "welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten", so Weizsäcker. Die einen Deutschen wären "heimatlos" geworden, für die nächsten "begann Gefangenschaft", andere wurden aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten umgesiedelt und schließlich wurde Deutschland geteilt. Kein Wort mehr von Befreiung, sondern: "Wir haben wahrlich keinen Grund uns (...) an Siegesfeiern zu beteiligen", dekretierte der deutsche Präsident 1985 vor dem Deutschen Bundestag.

Ebenfalls keinen Grund, sich an "Siegesfeiern" zu beteiligen, sieht die extreme Rechte. Denn für viele Deutsche war der 8. Mai 1945 tatsächlich kein Tag der Befreiung. Für all die überzeugten Nazis, die Millionen NSDAP-Mitglieder, die Profiteure der "Arisierungen", die NS-Verbrecher sowie die Wegbereiter und Vordenker des Faschismus bedeutete die Befreiung das Ende ihrer Herrschaft und ihrer Träume von deutscher Großmacht und "arischer Rasse". Zumindest kurzfristig mussten einige von ihnen dank der Alliierten nun um ihr Leben, ihren Besitz und ihre gesellschaftliche Position fürchten. Der Verteidigung dieser Ideen widmen sich bis heute NPD und nationalsozialistische "Kameradschaften".

Als Bindeglied zwischen offen nationalsozialistischen Kräften und deutsch-national-konservativen Kreisen aller Parteien fungiert die sogenannte "Neue intellektuelle Rechte".

Ihr gelang es 1995 mit der Anzeigenkampagne "8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen", über Wochen die Diskussion um den 8. Mai zu dominieren. Ein damals noch gut funktionierendes Netzwerk aus "neu-rechten" Autoren, Politikern verschiedener Parteien, Verlegern und Wissenschaftlern schaltete ganzseitige Anzeigen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und anderen Publikationen. Darin hieß es, ganz ähnlich den Verlautbarungen anderer Personen früherer Jahre, der 8. Mai sei kein Tag der Befreiung, sondern der "Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und dem Beginn der Teilung unseres Landes". Damit sollte der 8. Mai umgedeutet und aus deutschen Tätern sollten "Opfer" der Alliierten werden. Der "Neuen intellektuellen Rechten" war mit diesem Aufruf ein öffentlichkeitswirksamer Brückenschlag zwischen der extremen Rechten und Teilen der bürgerlichen Parteien gelungen. Insgesamt 300 Personen hatten den Aufruf unterzeichnet. Neben Vertretern der extremen Rechten, den Organisationen der "Vertriebenen" und dem rechten Burschenschaftsspektrum waren auch eine ganze Reihe von Politikern der etablierten Parteien, u.a. aus CDU und FDP und deren Jugend- und Studierendenorganisationen als Unterzeichner vertreten. Sogar prominente Politiker der damaligen Bundesregierung scheuten sich nicht, öffentlich ihre ideologische Nähe offen einzugestehen. Auftritte und Interviews in den deutschen Massenmedien schlossen sich der Kampagne an. 10 Jahre später bemühen sich die extreme Rechte und rechtskonservative Kreise weiterhin um eine Umdeutung des 8. Mai. Die Argumentation bleibt dabei stets die selbe. Der 8. Mai sei keine Befreiung sondern eine "Niederlage", mit der erst "Leid" und "Elend" für die Deutschen begann. Kein Wort im allgemeinen darüber, dass erst der Sieg der Alliierten das deutsche Morden beendete. Besonders perfide trieb es der eifrige Agitator für den aus der CDU ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, Fritz Schenk. In einem im Februar 2005 erschienenen Artikel behauptet er, die Barbarei von Auschwitz relativierend, dass die Behandlung der befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen "einem zweiten ‚Auschwitz‘" gleichgekommen sei. Außerdem sei die "sozialistische Umwandlung" in den befreiten Gebieten Mittel- und Osteuropas dem NS ähnlich gewesen. Auch sie sei eine Form von "Despotismus und der Menschenvernichtung". Auch der Chefredakteur der Jungen Freiheit, Dieter Stein, bemühte sich um eine Umdeutung der Geschichte. So schlug er vor, anstatt den alliierten Befreiern doch am 8. Mai lieber den deutschen Wehrmachtssoldaten zu gedenken, "die nicht fahnenflüchtig wurden". Jenen Soldaten also, die durch ihren Kampf den Vormarsch der Alliierten aufhielten und so den Weiterbetrieb von Konzentrationslagern und die weitere massenhafte Ermordung von Menschen in Deutschland ermöglichten.

Real Berlin

Während sich einerseits auf der Ebene der "großen" Politik das verbale Bekenntnis zur Befreiung durchgesetzt hat, wurde andererseits ein deutscher Opferdiskurs etabliert. Die Stichwortgeber der letzten Jahre waren aber nicht die Vertreter der extremen Rechten, sondern Sozialdemokraten, ehemalige Linke und Promoter der rot/grünen "Zivilgesellschaft". Günther Grass jammerte öffentlichkeitswirksamer, als es die sogenannten "Vertriebenen" je könnten, um die deutschen "Opfer" der versenkten Wilhelm Gustloff, Peter Glotz (SPD) wirbt gemeinsam mit dem "Bund der Vertriebenen" für ein "Zentrum gegen Vertreibung", Bernd Aichinger brachte in "Der Untergang" Millionen Kinogästen das Gefühlsleben der NS-Führungsspitze kurz vor ihrem Tod näher und Jörg Friedrich lieferte in Bestseller-Auflage mit seinem Buch "Der Brand" die Stichworte für die NPD, die seinen Begriff des "mongolischen Vernichtungssorkans" dankbar aufgriffen und mit "Bombenholocaust" übersetzten. In Artikelserien des Spiegels, Büchern und Film-Reihen wurde den Deutschen in den letzten Jahren ihr "Leiden" nach 1945 so intensiv ans Herz gelegt wie nie zuvor. Während in der öffentlichen Wahrnehmung eine Abkehr vom NS stattgefunden hat, ist in den deutschen Wohnzimmern das deutsche "Leid" allgegenwärtig.

Bei einer Betrachtung der Rot/Grünen (Vergangenheits-)Politik wird deutlich, warum die derzeitige Regierung, Öffentlichkeit und weite Teile der Opposition von "Befreiung" sprechen. In dieser Vorstellung wurde Deutschland von der Riege böser Männer "befreit", die den Bürgerinnen und Bürgern des Landes ihren faschistischen Willen aufgedrückt hatten. Entledigt man sich dieser, käme ein "geläuterter" Staat heraus, der "seine Lektion gelernt" habe. Diese Geschichtsdeutung ermöglicht erneute Weltmachtsansprüche Deutschlands, das sich nun aufgrund seiner historischen Erfahrungen als Exporteur von "Menschenrechten" betätigt und dafür auch Kriege führt. Die konservative Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) konnte aufgrund historisch bedingter Vorbehalte gegenüber der Rolle des deutschen Konservatismus und des bis 1998 mitregierenden Personals noch nicht so offensiv weltweit agieren. Mit SPD und Grünen bot sich seit dem Regierungswechsel die Chance, die deutsche Außenpolitik neu auszurichten. Deutschland galt nun durch Personal und die regierenden Parteien historisch als "unbelastet". Joseph Fischer führte nun sogar Kriege, um ein neues "Auschwitz" in der Bundesrepublik Jugoslawien zu verhindern. Sie hätten ihre Lektion aus dem NS gelernt, hieß es. Aus diesem Grund grenzen sich die deutschen Eliten heute so deutlich von der extremen Rechten ab. Denn eines ist klar: Wer heute offen geschichtsrevisionistisch auftritt, den "deutschen Osten" wiederhaben will, zu laut "Entschädigungen" für Deutsche im Zusammenhang mit den Umsiedlungen fordert, die Shoa relativiert oder die Alliierten als "Kriegsverbrecher" tituliert, wird derzeit realpolitisch nichts zu melden haben.

Außerhalb Deutschlands wird zum Teil sehr genau registriert, wie die BRD ihre Vergangenheit entsorgt und wie sich die deutsche Politik und Öffentlichkeit gegenüber Positionen und Organisationen der extremen Rechten verhält. Die Berichterstattung in britischen Medien anlässlich der "Gedenkveranstaltungen" in Dresden zum 60. Jahrestag der alliierten Militäraktionen gegen die Stadt machten dies deutlich. In Großbritannien wurde genau beobachtet, wie die Dinge derzeit liegen. Times Online schrieb über die Reaktionen auf den Dresdener Naziaufmarsch im Februar: "There was an astonishing groundswell of sympathy for the Neo-Nazis". Unter diesen Umständen wird klar, warum sich im Vorfeld dieses Naziaufmarsches Gerhard Schröder veranlasst sah, öffentlichkeitswirksam vor einer "Umdeutung" der Geschichte zu warnen, obwohl der deutsche "Opferdiskurs" derzeit vor allem auch aus den Kreisen von Rot/Grün vorangetrieben wird.

Für die politische Linke ist der 8. Mai ein "Tag der Befreiung". Neben der konkreten Befreiung der Verfolgten des Naziregimes, die vielen Menschen das Überleben erst ermöglichte, bot die militärische Zerschlagung des deutschen Faschismus, zu der die Linke nicht in der Lage war, auch die potentielle Möglichkeit für gesellschaftliche Veränderungen.

Wir danken den Alliierten für die Befreiung vom deutschen Faschismus! Wer nicht feiert, hat verloren!

Gruppe dissident, Marburg im April 2005